


Amtliche Abkürzung:	StAG	Quelle:	
Ausfertigungsdatum:	22.07.1913		
Textnachweis ab:	01.01.1980	Fundstelle:	RGBI 1913, 583
Dokumenttyp:	Gesetz	FNA:	FNA 102-1, Bundesgesetzblatt Teil III

Staatsangehörigkeitsgesetz

Zum 21.12.2025 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 27.10.2025 I Nr. 256

Fußnoten

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Bezeichnung IdF d. u. Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Fußnoten

§ 1: IdF d. Art. 5 Nr. 2 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 2

(weggefallen)

Fußnoten

§ 2: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 1 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 3

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit wird erworben

1. durch Geburt (§ 4),
2. durch Erklärung (§ 5),
3. durch Annahme als Kind (§ 6),
4. durch Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Absatz 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes (§ 7),
5. durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16 und 40a).

(2) ¹Die Staatsangehörigkeit erwirbt auch, wer seit zwölf Jahren von deutschen Stellen als deutscher Staatsangehöriger behandelt worden ist und dies nicht zu vertreten hat. ²Als deutscher Staatsangehöriger wird insbesondere behandelt, wem ein Staatsangehörigkeitsausweis, Reisepass oder Personalausweis ausgestellt wurde. ³Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wirkt auf den Zeitpunkt zurück, zu dem bei Behandlung als Staatsangehöriger der Erwerb der Staatsangehörigkeit angenommen wurde. ⁴Er erstreckt sich auf Abkömmlinge, die seither ihre Staatsangehörigkeit von dem nach Satz 1 Begünstigten ableiten.

Fußnoten

§ 3 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 3 Abs. 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 3 Abs. 2: Eingef. durch Art. 5 Nr. 2 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 4

(1) ¹Durch die Geburt erwirbt ein Kind die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. ²Ist bei der Geburt des Kindes nur der Vater deutscher Staatsangehöriger und ist zur Begründung der Abstammung nach den deutschen Gesetzen die Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft erforderlich, so bedarf es zur Geltendmachung des Erwerbs einer nach den deutschen Gesetzen wirksamen Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft; die Anerkennungserklärung muß abgegeben oder das Feststellungsverfahren muß eingeleitet sein, bevor das Kind das 23. Lebensjahr vollendet hat.

(2) ¹Ein Kind, das im Inland aufgefunden wird (Findelkind), gilt bis zum Beweis des Gegenteils als Kind eines Deutschen. ²Satz 1 ist auf ein vertraulich geborenes Kind nach § 25 Absatz 1 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes entsprechend anzuwenden.

(3) ¹Durch die Geburt im Inland erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil

1. seit fünf Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und
2. ein unbefristetes Aufenthaltsrecht oder als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit (BGBl. 2001 II S. 810) besitzt.

²Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wird in dem Geburtenregister, in dem die Geburt des Kindes beurkundet ist, eingetragen. ³Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Vorschriften über das Verfahren zur Eintragung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit nach Satz 1 zu erlassen.

(4) ¹Die deutsche Staatsangehörigkeit wird nicht nach Absatz 1 erworben bei Geburt im Ausland, wenn der deutsche Elternteil nach dem 31. Dezember 1999 im Ausland geboren wurde und dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, es sei denn, das Kind würde sonst staatenlos. ²Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes ein Antrag nach § 36 des Personenstandsgesetzes auf Beurkundung der Geburt im Geburtenregister gestellt wird; zur Fristwahrung genügt es auch, wenn der Antrag in dieser Frist bei der zuständigen Auslandsvertretung eingeht. ³Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen. ⁴Für den Anspruch nach Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes und nach § 15 ist die Rechtsfolge nach Satz 1 unbeachtlich.

(5) Absatz 4 Satz 1 gilt nicht

1. für Abkömmlinge eines deutschen Staatsangehörigen, der die deutsche Staatsangehörigkeit nach Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes oder nach § 15 erworben hat, und
2. für Abkömmlinge eines deutschen Staatsangehörigen, wenn dieser ohne den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit einen Anspruch nach Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes oder nach § 15 gehabt hätte.

Fußnoten

§ 4 Abs. 1: IdF d. Art. 4 Nr. 1 G v. 30.6.1993 I 1062 mWv 1.7.1993

§ 4 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 2 nach Maßgabe d. Art. 15 (§§ 1 u. 2) G v. 16.12.1997 I 2942 (KindRG) mWv 1.7.1998

§ 4 Abs. 2 Satz 1 (früher einziger Text): IdF d. Art. 5 Nr. 4 Buchst. a G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 4 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 nach Maßgabe d. Art. 8 G v. 28.8.2013 I 3458 (SchwHiAusbauG) mWv 1.5.2014

§ 4 Abs. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000, die Ermächtigung in Abs. 3 Satz 3 mWv 24.7.1999

§ 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 5 Nr. 3 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 4 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 2 Abs. 1 G v. 19.2.2007 I 122 mWv 1.1.2009

§ 4 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 4 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 4 Abs. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

§ 4 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864 mWv 15.12.2010

§ 4 Abs. 4 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 4 Abs. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 5

(1) ¹Durch die Erklärung, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen, erwerben die nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes geborenen

1. Kinder eines deutschen Elternteils, die durch Geburt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben,
2. Kinder einer Mutter, die vor der Kindesgeburt durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat,
3. Kinder, die ihre durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation verloren haben, und
4. Abkömmlinge der Kinder nach Nummer 1 bis 3

die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie handlungsfähig nach § 34 Satz 1 oder gesetzlich vertreten sind, es sei denn, dass sie wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von zwei Jahren oder mehr verurteilt worden sind oder bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet worden ist oder ein Ausschlussgrund nach § 11 vorliegt. ²§ 4 Absatz 1 Satz 2, § 12a Absatz 2 bis 4, § 33 Absatz 5 und § 37 gelten entsprechend. ³Das Erklärungsrecht nach Satz 1 besteht auch, wenn unter denselben Voraussetzungen die Rechtsstellung nach Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes nicht erworben worden oder verloren gegangen ist.

(2) Erklärungsberechtigt nach Absatz 1 ist nicht, wer die deutsche Staatsangehörigkeit

1. nach seiner Geburt oder nach deren Verlust auf Grund einer nach den deutschen Gesetzen wirksamen Legitimation durch einen Ausländer besessen, aber wieder aufgegeben oder verloren oder ausgeschlagen hat oder nach deren Aufgabe, Verlust oder Ausschlagung als dessen Abkömmling geboren oder als Kind angenommen worden ist, oder
2. nach § 4 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 1 erwerben konnte, aber nicht erworben hat oder noch erwerben kann.

(3) Das Erklärungsrecht nach Absatz 1 kann nur innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeübt werden.

(4) Über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung wird eine Urkunde ausgestellt.

Fußnoten

§ 5: IdF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 5 Abs. 1 Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 5 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 6

¹Mit der nach den deutschen Gesetzen wirksamen Annahme als Kind durch einen Deutschen erwirbt das Kind, das im Zeitpunkt des Annahmeantrags das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, die deutsche Staatsangehörigkeit. ²Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erstreckt sich auf die Abkömmlinge des Kindes. ³Beruhet die Annahme als Kind auf einer ausländischen Entscheidung, setzt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit voraus, dass das Eltern-Kind-Verhältnis des Kindes zu seinen bisherigen Eltern durch die Annahme erloschen ist und das Annahmeverhältnis einem nach den deutschen Sachvorschriften begründeten Annahmeverhältnis gleichsteht. ⁴Liegen die Voraussetzungen des Satzes 3 nicht vor und wird eine Umwandlung des Annahmeverhältnisses nach § 3 des Adoptionswirkungsgesetzes ausgesprochen, gilt Satz 1 entsprechend.

Fußnoten

§ 6: Eingef. durch Art. 9 Nr. 2 G v. 2.7.1976 I 1749 mWv 1.1.1977

§ 6 Satz 1: IdF d. Art. 6 § 5 G v. 25.7.1986 I 1142 mWv 1.9.1986 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 6 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 6 Satz 3 u. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. c G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 7

Spätaussiedler und die in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen erwerben mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit.

Fußnoten

§ 7: IdF d. Art. 5 Nr. 4 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 8

(1) Ein Ausländer, der rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, kann auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn seine Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind und er

1. handlungsfähig nach § 34 Satz 1 oder gesetzlich vertreten ist,
2. weder wegen einer rechtswidrigen Tat zu einer Strafe verurteilt noch gegen ihn auf Grund seiner Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden ist,
3. eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

(2) Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 2 und 4 kann aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Vermeidung einer besonderen Härte abgesehen werden.

Fußnoten

§ 8: IdF d. Art. 5 Nr. 6 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 8 Abs. 1: Früherer Satz 2 aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007; früherer Schlusssatz aufgeh. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. d G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 8 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019

§ 8 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 1 nach Maßgabe d. Art. 4 G v. 28.10.2015 I 1802 mWv 1.11.2015 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 8 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 8 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 8 Abs. 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. c G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024
§ 8 Abs. 2: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. b G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 5 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 9

(1) ¹Ehegatten oder eingetragene Lebenspartner Deutscher sollen unter den Voraussetzungen des § 10 Absatz 1 eingebürgert werden, wenn sie seit drei Jahren ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und die Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft seit zwei Jahren besteht. ²Die Aufenthaltsdauer nach Satz 1 kann aus Gründen des öffentlichen Interesses verkürzt werden, wenn die Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft seit drei Jahren besteht. ³Minderjährige Kinder von Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern Deutscher können unter den Voraussetzungen des § 10 Absatz 1 mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit drei Jahren rechtmäßig im Inland aufhalten. ⁴§ 10 Absatz 4, 4a, 5 und 6 gilt entsprechend.

(2) Die Regelung des Absatzes 1 gilt auch, wenn die Einbürgerung bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tod des deutschen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners oder nach der Rechtskraft des die Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft beendenden Beschlusses beantragt wird und der Antragsteller als sorgeberechtigter Elternteil mit einem minderjährigen Kind aus der Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft in einer familiären Gemeinschaft lebt, das bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Fußnoten

§ 9: IdF d. Art. 1 Nr. 5a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021
§§ 9 Abs. 1 Satz 4: IdF d. Art. 1 Nr. 5 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10

(1) ¹Ein Ausländer, der seit fünf Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und handlungsfähig nach § 34 Satz 1 oder gesetzlich vertreten ist, ist auf Antrag einzubürgern, wenn seine Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind und er

1. sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennt und erklärt, dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,oder glaubhaft macht, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat,
- 1a. sich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges bekennt,
2. ein unbefristetes Aufenthaltsrecht oder als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit, eine Blaue Karte EU oder einen Aufenthaltstitel für andere als die in den §§ 16a, 16b, 16d, 16e, 16f, 17, 18f, 19, 19b, 19e, 20, 20a, 22, 23a, 24, 25 Absatz 3 bis 5 und § 104c des Aufenthaltsgesetzes aufgeführten Aufenthaltzwecke besitzt,

3. den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bestreiten kann; von dieser Voraussetzung wird abgesehen, wenn der Ausländer
 - a) auf Grund eines Abkommens zur Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften bis zum 30. Juni 1974 in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 oder als Vertragsarbeitnehmer bis zum 13. Juni 1990 in das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet eingereist oder als dessen Ehegatte im zeitlichen Zusammenhang nachgezogen ist und die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch nicht zu vertreten hat,
 - b) in Vollzeit erwerbstätig ist und dies innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 20 Monate war oder
 - c) als Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner mit einer nach Maßgabe von Buchstabe b erwerbstätigen Person und einem minderjährigen Kind in familiärer Gemeinschaft lebt,
4. (weggefallen)
5. weder wegen einer rechtswidrigen Tat zu einer Strafe verurteilt noch gegen ihn auf Grund seiner Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden ist,
6. über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt und
7. über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügt.

²Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 und 7 muss ein Ausländer nicht erfüllen, der nicht handlungsfähig nach § 34 Satz 1 ist. ³Antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen sind mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland unvereinbar und verstoßen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes.

(2) Der Ehegatte oder eingetragene Lebenspartner und die minderjährigen Kinder des Ausländers können nach Maßgabe des Absatzes 1 mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit fünf Jahren rechtmäßig im Inland aufhalten.

(3) (weggefallen)

(3a) (weggefallen)

(4) ¹Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 liegen vor, wenn der Ausländer die Anforderungen einer Sprachprüfung der Stufe B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erfüllt. ²Bei einem minderjährigen Kind, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 bei einer altersgemäßen Sprachentwicklung erfüllt. ³Für einen Ausländer, der auf Grund eines Abkommens zur Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften bis zum 30. Juni 1974 in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 oder als Vertragsarbeitnehmer bis zum 13. Juni 1990 in das in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet eingereist oder als dessen Ehegatte im zeitlichen Zusammenhang nachgezogen ist, ist es zur Erfüllung der Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 ausreichend, wenn er sich ohne nennenswerte Probleme im Alltagsleben in deutscher Sprache mündlich verständigen kann.

(4a) Zur Vermeidung einer Härte kann die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 6 darauf beschränkt werden, dass sich der Ausländer ohne nennenswerte Probleme im Alltagsleben in deutscher Sprache mündlich verständigen kann, wenn er nachweist, dass ihm der Erwerb ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache nach Absatz 4 Satz 1 trotz ernsthafter und nachhaltiger Bemühungen nicht möglich ist oder dauerhaft wesentlich erschwert ist.

(5) ¹Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 7 sind in der Regel durch einen erfolgreichen Einbürgerungstest nachgewiesen. ²Zur Vorbereitung darauf werden Einbürgerungskurse angeboten; die Teilnahme daran ist nicht verpflichtend.

(6) ¹Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 und 7 wird abgesehen, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder altersbedingt nicht erfüllen kann. ²Von der Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 7 wird ferner in den Fällen des Absatzes 4 Satz 3 und des Absatzes 4a abgesehen.

(7) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, die Prüfungs- und Nachweismodalitäten des Einbürgerungstests sowie die Grundstruktur und die Lerninhalte des Einbürgerungskurses nach Absatz 5 auf der Basis der Themen des Orientierungskurses nach § 43 Abs. 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu regeln.

Fußnoten

(+++ § 10 Abs. 1: Zur Anwendung vgl. § 40a +++)

§§ 10 bis 12b: Eingef. durch Art. 5 Nr. 8 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 10 Abs. 1: IdF d. Art. 5 Nr. 7 Buchst. a G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007, soweit § 10 Abs. 1 Nr. 7 infolge Neufassung d. § 10 Abs. 1 eingefügt wird, mWv 1.9.2008

§ 10 Abs. 1 Satz 1: Früherer Schlusssatz aufgeh. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa hhh G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 2 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 4 G v. 28.10.2015

I 1802 mWv 1.11.2015, d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv

9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 2 G v. 1.6.2012 I 1224 mWv 1.8.2012, d. Art. 5 Nr. 1 G v. 27.7.2015

I 1386 mWv 1.8.2015, d. Art. 44 G v. 15.8.2019 I 1307 mWv 1.3.2020, d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a G v.

12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021, d. Art. 2 G v. 21.12.2022 I 2847 mWv 31.12.2022, d. Art. 5 G v.

16.8.2023 I Nr. 217 mWv 1.6.2024 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa ccc G v. 22.3.2024 I Nr. 104; 2025 I Nr. 98 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa ddd G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa eee G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv

9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa fff G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv

9.8.2019 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa ggg G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. cc G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 3: Aufgeh. durch Art. 1 G v. 27.10.2025 I Nr. 256 mWv 30.10.2025

§ 10 Abs. 3a: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. d G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 10 Abs. 4: Eingef. durch Art. 5 Nr. 7 Buchst. c G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007, soweit § 10 Abs. 5 eingefügt wird, mWv 1.9.2008

§ 10 Abs. 4 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. e G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 4a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. f G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 5 u. 6: Eingef. durch Art. 5 Nr. 7 Buchst. c G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007, soweit § 10 Abs. 5 eingefügt wird, mWv 1.9.2008

§ 10 Abs. 6 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. g G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 10 Abs. 7: Eingef. durch Art. 5 Nr. 7 Buchst. c G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007; idF d. Art. 4 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 11

¹Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerich-

tet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, es sei denn, der Ausländer macht glaubhaft, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat,

- 1a. tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass das Bekenntnis, das der Ausländer nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder nach Nummer 1a abgegeben hat, inhaltlich unrichtig ist,
2. nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 oder 4 des Aufenthaltsgesetzes ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse vorliegt oder
3. der Ausländer
 - a) gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist oder
 - b) durch sein Verhalten zeigt, dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet.

²Satz 1 Nr. 2 gilt entsprechend für Ausländer im Sinne des § 1 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes und auch für Staatsangehörige der Schweiz und deren Familienangehörige, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit besitzen.

Fußnoten

§ 11: IdF d. Art. 5 Nr. 8 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 11 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 11 Satz 1 Nr. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 11 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 5 Nr. 2 G v. 27.7.2015 I 1386 mWv 1.8.2015 u. idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 11 Satz 1 Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. d G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12 (weggefallen)

Fußnoten

§ 12: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 8 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12a

(1) ¹Bei der Einbürgerung bleiben außer Betracht:

1. die Verhängung von Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmitteln nach dem Jugendgerichtsgesetz,
2. Verurteilungen zu Geldstrafe bis zu 90 Tagessätzen und
3. Verurteilungen zu Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt und nach Ablauf der Bewährungszeit erlassen worden ist.

²Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausländer wegen einer rechtswidrigen antisemitischen, rassistischen oder sonstigen menschenverachtenden Tat im Sinne von § 46 Absatz 2 Satz 2 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheits-, Geld- oder Jugendstrafe verurteilt und ein solcher Beweggrund im Rahmen des Urteils festgestellt worden ist. ³Bei mehreren Verurteilungen zu Geld- oder Freiheitsstrafen im Sinne des Satzes 1 Nr. 2 und 3 sind diese zusammenzuzählen, es sei denn, es wird eine niedrigere Gesamtstrafe gebildet; treffen Geld- und Freiheitsstrafe zusammen, entspricht ein Tagessatz einem Tag Freiheitsstrafe. ⁴Übersteigt die Strafe oder die Summe der Strafen geringfügig den Rahmen nach den Sätzen 1 und 3, so wird im Einzelfall entschieden, ob diese außer Betracht bleiben kann. ⁵Ist eine Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 Nr. 5 oder 6 des Strafgesetzbuches angeordnet worden,

so wird im Einzelfall entschieden, ob die Maßregel der Besserung und Sicherung außer Betracht bleiben kann.

(2) ¹Ausländische Verurteilungen zu Strafen sind zu berücksichtigen, wenn die Tat im Inland als strafbar anzusehen ist, die Verurteilung in einem rechtsstaatlichen Verfahren ausgesprochen worden ist und das Strafmaß verhältnismäßig ist. ²Eine solche Verurteilung kann nicht mehr berücksichtigt werden, wenn sie nach dem Bundeszentralregistergesetz zu tilgen wäre. ³Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) ¹Wird gegen einen Ausländer, der die Einbürgerung beantragt hat, wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt, ist die Entscheidung über die Einbürgerung bis zum Abschluss des Verfahrens, im Falle der Verurteilung bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils auszusetzen. ²Das Gleiche gilt, wenn die Verhängung der Jugendstrafe nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes ausgesetzt ist.

(4) Im Ausland erfolgte Verurteilungen und im Ausland anhängige Ermittlungs- und Strafverfahren sind im Einbürgerungsantrag aufzuführen.

Fußnoten

§§ 10 bis 12b: Eingef. durch Art. 5 Nr. 8 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 12a Abs. 1: IdF d. Art. 5 Nr. 10 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 12a Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6a Buchst. a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021; idF d. Art. 1 Nr. 9 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12a Abs. 1 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 6a Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 12a Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 3 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6a Buchst. b u. c G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 12a Abs. 1 Satz 5: Früher Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 6a Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 12b

(1) ¹Der gewöhnliche Aufenthalt im Inland wird durch Aufenthalte bis zu sechs Monaten im Ausland nicht unterbrochen. ²Bei längeren Auslandsaufenthalten besteht er fort, wenn der Ausländer innerhalb der von der Ausländerbehörde bestimmten Frist wieder eingereist ist. ³Gleiches gilt, wenn die Frist lediglich wegen Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht im Herkunftsstaat überschritten wird und der Ausländer innerhalb von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Wehr- oder Ersatzdienst wieder einreist. ⁴Anstelle von Satz 1 bis 3 gilt für Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, für Staatsangehörige der EWR-Staaten, für ihre jeweiligen Familienangehörigen und für die ihnen jeweils nahestehenden Personen mit einem Aufenthaltsrecht nach § 3a des Freizügigkeitsgesetzes/EU sowie für Personen, die ein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht nach § 12a des Freizügigkeitsgesetzes/EU besitzen, und Personen mit einem in § 16 des Freizügigkeitsgesetzes/EU bezeichneten Aufenthaltsrecht, § 4a Absatz 6 des Freizügigkeitsgesetzes/EU entsprechend. ⁵Der gewöhnliche Aufenthalt im Inland besteht abweichend von den Sätzen 1 bis 4 in der Regel nicht mehr fort, wenn die Auslandsaufenthalte die Hälfte der Aufenthaltsdauer, die im Fall des § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 oder für eine Einbürgerung jeweils erforderlich ist, überschreiten.

(2) ¹Hat der Ausländer sich länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten und liegt keine der Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 bis 4 vor, kann die frühere Aufenthaltszeit im Inland bis zu drei Jahren auf die für die Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer angerechnet werden. ²Dies gilt entsprechend im Fall des Absatzes 1 Satz 5.

(3) ¹Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts bleiben außer Betracht, wenn sie darauf beruhen, dass der Ausländer nicht rechtzeitig die erstmals erforderliche Erteilung oder die Verlängerung des Aufenthaltstitels beantragt hat. ²Für Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts aus anderen Gründen gilt Absatz 2 entsprechend.

Fußnoten

§§ 10 bis 12b: Eingef. durch Art. 5 Nr. 8 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 12b Abs. 1 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021 % § 12b

Abs. 1 Satz 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 10 Buchst. a G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12b Abs. 2 Satz 1 (früher einziger Text): IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021; jetzt Satz 1 gem. u. IdF d. Art. 1 Nr. 10 Buchst. b DBuchst. aa u. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12b Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art 1 Nr. 10 Buchst. b DBuchst. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 12b Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 13

Ein ehemaliger Deutscher und seine minderjährigen Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, können auf Antrag eingebürgert werden, wenn ihre Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind und sie die Voraussetzungen des § 8 Absatz 1 Nummer 1 und 2 erfüllen.

Fußnoten

§ 13: IdF d. Art. 5 Nr. 11 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 4 nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019

§ 14

¹Ein Ausländer, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann unter den Voraussetzungen des § 8 eingebürgert werden, wenn Bindungen an Deutschland bestehen, die eine Einbürgerung rechtfertigen. ²Ist der Ausländer Ehegatte oder eingetragener Lebenspartner eines Deutschen, kann er nach Satz 1 auch eingebürgert werden, wenn der Auslandsaufenthalt eines der Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner im öffentlichen Interesse liegt.

Fußnoten

§ 14: IdF d. Art. 1 Nr. 8 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 15

¹Personen, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus den in Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes aufgeführten Gründen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945

1. die deutsche Staatsangehörigkeit vor dem 26. Februar 1955 aufgegeben oder verloren haben,
2. von einem gesetzlichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Eheschließung, Legitimation oder Sammeleinbürgerung deutscher Volkszugehöriger ausgeschlossen waren,
3. nach Antragstellung nicht eingebürgert worden sind oder allgemein von einer Einbürgerung, die bei einer Antragstellung sonst möglich gewesen wäre, ausgeschlossen waren oder
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, wenn dieser bereits vor dem 30. Januar 1933 oder als Kind auch nach diesem Zeitpunkt begründet worden war, aufgegeben oder verloren haben,

und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag einzubürgern, wenn sie handlungsfähig nach § 34 Satz 1 oder gesetzlich vertreten sind, es sei denn, dass sie wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von zwei Jahren oder mehr verurteilt worden sind oder bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet worden ist; § 12a Absatz 1 findet keine Anwendung. ²Einbürgerungsberechtigt nach Satz 1 ist nicht, wer nach dem 8. Mai 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit bereits erworben, aber wieder aufgegeben oder verloren hat, oder nach deren Aufgabe oder Verlust als dessen Abkömmling geboren oder als Kind angenommen worden ist. ³Dem Einbürgerungsanspruch steht der Verlust der nach dem 8. Mai 1945 erworbenen deutschen Staatsangehörigkeit nicht entgegen, wenn dieser durch die Eheschließung mit einem Ausländer oder eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation durch einen Ausländer eingetreten ist.

Fußnoten

§ 15: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 15 Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 11 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 16

¹Die Einbürgerung wird wirksam mit der Aushändigung der von der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde ausgefertigten Einbürgerungsurkunde. ²Vor der Aushändigung ist folgendes feierliches Bekenntnis abzugeben: "Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte."; § 10 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ³Die Einbürgerungsurkunde soll im Rahmen einer öffentlichen Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden.

Fußnoten

§ 16: IdF d. Art. 5 Nr. 12 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 16 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 16 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 17

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit geht verloren

1. durch Verzicht (§ 26),
2. durch Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates oder durch konkrete Beteiligung an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 28) oder
3. durch Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (§ 35).

(2) ¹Die deutsche Staatsangehörigkeit verliert auch ein Kind, rückwirkend zum Zeitpunkt des Erwerbs nach § 4 Absatz 1, 2 oder Absatz 3 Satz 1 oder nach § 6, wenn die Voraussetzungen für diesen Erwerb nicht mehr erfüllt sind. ²Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt ein, wenn

1. die rückwirkende Entscheidung unanfechtbar ist über
 - a) eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung des Nichtbestehens der Vaterschaft,
 - b) den Wegfall des in § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 aufgeführten Aufenthaltsrechts des Elternteils, der für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit des Kindes maßgeblich ist,
 - c) die Unwirksamkeit der Annahme als Kind oder
 - d) den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit eines Elternteils nach § 35 Absatz 6oder
2. eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Anerkennung der Vaterschaft eines Dritten, die das rückwirkende Nichtbestehen der bisherigen Vaterschaft zur Folge hat, wirksam wird oder
3. der Beweis des Gegenteils nach § 4 Absatz 2 erbracht ist.

³Die deutsche Staatsangehörigkeit geht nicht verloren, wenn das Kind

1. bei der Unanfechtbarkeit der Entscheidung, dem Wirksamwerden der Anerkennung der Vaterschaft eines Dritten oder dem Beweis des Gegenteils nach Satz 2 das fünfte Lebensjahr bereits vollendet hat,
2. mit einem deutschen Elternteil verwandt bleibt,
3. sonst die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 Satz 1 erworben hätte oder
4. sonst staatenlos würde.

Fußnoten

§ 17: IdF d. Art. 1 Nr. 13 nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§§ 18 und 19 (weggefallen)

Fußnoten

§§ 18 u. 19: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 14 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§§ 20 und 21 (weggefallen)

Fußnoten

§§ 20 u. 21: Aufgeh. durch § 1 V v. 5.2.1934 102-2

§§ 22 und 23 (weggefallen)

Fußnoten

§§ 22 u. 23: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 14 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 24 (weggefallen)

Fußnoten

§ 24: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 15 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2025

§ 25 (weggefallen)

Fußnoten

§ 25: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 16 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 26

(1) ¹Ein Deutscher kann auf seine Staatsangehörigkeit verzichten, wenn er mehrere Staatsangehörigkeiten besitzt. ²Der Verzicht ist schriftlich zu erklären.

(2) ¹Die Verzichtserklärung bedarf der Genehmigung der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde.

²Die Genehmigung ist zu versagen:

1. Beamten, Richtern, Soldaten der Bundeswehr und sonstigen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis stehen, solange ihr Dienst- oder Amtsverhältnis nicht beendet ist, mit Ausnahme der ehrenamtlich tätigen Personen,
2. Wehrpflichtigen, solange nicht das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bezeichnete Stelle erklärt hat, dass keine Bedenken gegen die Genehmigung der Verzichtserklärung bestehen.

³Satz 2 findet keine Anwendung, wenn der Verzichtende

1. seit mindestens zehn Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat oder
2. als Wehrpflichtiger im Sinne des Satzes 2 Nummer 2 in einem der Staaten, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, Wehrdienst geleistet hat.

(3) Der Verlust der Staatsangehörigkeit tritt ein mit der Aushändigung der von der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde ausgefertigten Verzichtsurkunde.

(4) ¹Der Verzicht eines volljährigen Deutschen, der nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches geschäftsunfähig ist oder für den in dieser Angelegenheit ein Betreuer bestellt und ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1825 des Bürgerlichen Gesetzbuches angeordnet ist, kann nur von einer vertretungsberechtigten Person und nur mit Genehmigung des deutschen Betreuungsgerichts erklärt werden. ²Der Verzicht eines minderjährigen Deutschen kann nur von seinem gesetzlichen Vertreter und nur mit Genehmigung des deutschen Familiengerichts erklärt werden. ³Ist der Minderjährige handlungsfähig nach § 34 Satz 1, bedarf die Verzichtserklärung seiner Zustimmung.

Fußnoten

§ 26: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 G v. 20.12.1974 I 3714 mWv 1.1.1975

§ 26 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 26 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 26 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 27 (weggefallen)

Fußnoten

§ 27: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 18 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 28

(1) Ein Deutscher, der

1. auf Grund freiwilliger Verpflichtung ohne eine Zustimmung des Bundesministeriums der Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Stelle in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, eintritt oder
 2. sich an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland konkret beteiligt,
- verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, es sei denn, er würde sonst staatenlos.

(2) Der Verlust nach Absatz 1 tritt nicht ein,

1. wenn der Deutsche noch minderjährig ist oder,
2. im Falle des Absatzes 1 Nummer 1, wenn der Deutsche auf Grund eines zwischenstaatlichen Vertrages zum Eintritt in die Streitkräfte oder in den bewaffneten Verband berechtigt ist.

(3) ¹Der Verlust ist im Falle des Absatzes 1 Nummer 2 nach § 30 Absatz 1 Satz 3 von Amts wegen festzustellen. ²Die Feststellung trifft bei gewöhnlichem Aufenthalt des Betroffenen im Inland die oberste Landesbehörde oder die von ihr nach Landesrecht bestimmte Behörde. ³Befindet sich der Betroffene noch im Ausland, findet gegen die Verlustfeststellung kein Widerspruch statt; die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Fußnoten

§ 28: IdF d. Art. 1 Nr. 6 nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019

§ 29 (weggefallen)

Fußnoten

§ 30

(1) ¹Das Bestehen oder Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit wird bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde festgestellt. ²Die Feststellung ist in allen Angelegenheiten verbindlich, für die das Bestehen oder Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit rechtserheblich ist. ³Bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses kann die Feststellung auch von Amts wegen erfolgen. ⁴Das Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit darf bei Vorliegen der Voraussetzungen für einen gesetzlichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, der zugleich den Verlust der Unionsbürgerschaft zur Folge hätte, nur dann festgestellt werden, wenn der Verlust auch der Unionsbürgerschaft verhältnismäßig ist. ⁵Dies gilt nicht, wenn kein Antrag zur Abwendung des gesetzlichen Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt oder einem solchen Antrag nicht entsprochen worden ist.

(2) ¹Für die Feststellung des Bestehens der deutschen Staatsangehörigkeit ist es erforderlich, aber auch ausreichend, wenn durch Urkunden, Auszüge aus den Melderegistern oder andere schriftliche Beweismittel mit hinreichender Wahrscheinlichkeit nachgewiesen ist, dass die deutsche Staatsangehörigkeit erworben worden und danach nicht wieder verloren gegangen ist. ²§ 3 Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) ¹Wird das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit auf Antrag festgestellt, stellt die Staatsangehörigkeitsbehörde einen Staatsangehörigkeitsausweis aus. ²Auf Antrag stellt die Staatsangehörigkeitsbehörde eine Bescheinigung über das Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit aus.

Fußnoten

§§ 30 bis 34: IdF d. Art. 5 Nr. 19 G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007

§ 30 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 11 G v. 12.8.2021 | 3538 mWv 20.8.2021

§ 30 Abs. 1 Satz 4 u. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 19 G v. 22.3.2024 | Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 31

¹Staatsangehörigkeitsbehörden und Auslandsvertretungen dürfen personenbezogene Daten verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. ²Personenbezogene Daten, deren Verarbeitung nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist, dürfen verarbeitet werden, soweit die personenbezogenen Daten nach § 37 Satz 2 zur Ermittlung von Ausschlussgründen nach § 11 Satz 1 Nummer 1 oder 2 von den Verfassungsschutzbehörden an die Staatsangehörigkeitsbehörden übermittelt worden sind oder die Verarbeitung sonst im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist. ³Dies gilt im Rahmen der Entscheidung über die Staatsangehörigkeit nach Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes auch in Bezug auf Daten, die sich auf die politischen, rassischen oder religiösen Gründe beziehen, wegen derer zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden ist. ⁴Satz 3 gilt für Einbürgerungsverfahren nach § 15 entsprechend.

Fußnoten

§§ 30 bis 34: IdF d. Art. 5 Nr. 19 G v. 19.8.2007 | 1970 mWv 28.8.2007

§ 31 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 31 Satz 2 u. 3: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. b G v. 20.11.2019 | 1626 mWv 26.11.2019

§ 31 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. a G v. 22.3.2024 | Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 31 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 20 Buchst. b G v. 22.3.2024 | Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 32

(1) ¹Öffentliche Stellen haben den in § 31 genannten Stellen auf Ersuchen personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung der in § 31 genannten Aufgaben erforderlich ist. ²Öffentliche Stellen haben der zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde diese Daten auch ohne Ersuchen zu übermitteln, soweit die Übermittlung aus Sicht der öffentlichen Stelle für die Entscheidung der Staatsangehörigkeitsbehörde über ein anhängiges Einbürgerungsverfahren oder den Verlust oder Nichterwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erforderlich ist. ³Dies gilt bei Einbürgerungsverfahren insbesondere für die den Ausländerbehörden nach § 87 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes bekannt gewordenen Daten über die Einleitung von Straf- und Auslieferungsverfahren sowie die Erledigung von Straf-, Bußgeld- und Auslieferungsverfahren. ⁴Die Daten nach Satz 3 sind unverzüglich an die zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde zu übermitteln.

(2) Die Übermittlung personenbezogener Daten nach Absatz 1 unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Verarbeitungsregelungen entgegenstehen.

Fußnoten

§§ 30 bis 34: IdF d. Art. 5 Nr. 19 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007
§ 32 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
§ 32 Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 2 G v. 22.11.2011 I 2258 mWv 26.11.2011

§ 32a

§ 88 Absatz 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes gilt für Einbürgerungsverfahren entsprechend.

Fußnoten

§ 32a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11a G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 32b

¹In den Fällen einer rechtskräftigen Verurteilung nach den §§ 86, 86a, 102, 104, 111, 125, 126, 126a, 130, 140, 166, 185 bis 189, 192a, 223, 224, 240, 241, 303, 304 und 306 bis 306c des Strafgesetzbuches, die sonst nach § 12a Absatz 1 Satz 1 bei der Einbürgerung außer Betracht bleiben würde, ersucht die Staatsangehörigkeitsbehörde zur Feststellung der Voraussetzungen des § 12a Absatz 1 Satz 2 die zuständige Staatsanwaltschaft um Mitteilung, ob im Rahmen des Urteils antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Beweggründe im Sinne von § 46 Absatz 2 Satz 2 des Strafgesetzbuches festgestellt worden sind oder nicht. ²Die zuständige Staatsanwaltschaft teilt dies der ersuchenden Staatsangehörigkeitsbehörde unverzüglich mit.

Fußnoten

§ 32b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 21 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 33

(1) ¹Das Bundesverwaltungsamt (Registerbehörde) führt ein Register der Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten. ²In das Register werden eingetragen:

1. Entscheidungen zu Staatsangehörigkeitsurkunden,
2. Entscheidungen zum Bestand und gesetzlichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit,
3. Entscheidungen zu Erwerb, Bestand und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, die nach dem 31. Dezember 1960 und vor dem 28. August 2007 getroffen worden sind.

(2) Im Einzelnen dürfen in dem Register gespeichert werden:

1. die Grundpersonalien der betroffenen Person (Familiename, Geburtsname, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht sowie die Anschrift im Zeitpunkt der Entscheidung),

2. Rechtsgrund und Datum der Urkunde oder der Entscheidung sowie Rechtsgrund und der Tag des Erwerbs oder Verlusts der Staatsangehörigkeit, im Fall des § 3 Absatz 2 auch der Zeitpunkt, auf den der Erwerb zurückwirkt,
3. Bezeichnung, Anschrift und Aktenzeichen der Behörde, die die Entscheidung getroffen hat.

(3) Die Staatsangehörigkeitsbehörden sind verpflichtet, die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten zu den Entscheidungen nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und 2, die sie nach dem 28. August 2007 treffen, unverzüglich an die Registerbehörde zu übermitteln.

(4) ¹Die Registerbehörde übermittelt den Staatsangehörigkeitsbehörden und Auslandsvertretungen auf Ersuchen die in Absatz 2 genannten Daten, soweit die Kenntnis der Daten für die Erfüllung der staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben dieser Stellen erforderlich ist. ²Für die Übermittlung an andere öffentliche Stellen und für Forschungszwecke gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. ³Die Übermittlung von Angaben nach Absatz 1 zu Forschungszwecken ist nur in anonymisierter Form oder dann zulässig, wenn das wissenschaftliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens das Interesse der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung erheblich überwiegt.

(5) Die Staatsangehörigkeitsbehörde teilt nach ihrer Entscheidung, dass eine Person eingebürgert worden ist oder die deutsche Staatsangehörigkeit weiterhin besitzt, verloren, aufgegeben oder nicht erworben hat, der zuständigen Meldebehörde oder Auslandsvertretung die in Absatz 2 genannten Daten unverzüglich mit.

Fußnoten

§§ 30 bis 34: IdF d. Art. 5 Nr. 19 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007

§ 33 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. a G v. 11.10.2016 I 2218 mWv 1.11.2016

§ 33 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. b DBuchst. aa G v. 11.10.2016 I 2218 mWv 1.11.2016, d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019 u. d. Art. 1 Nr. 22 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 33 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. b DBuchst. bb G v. 11.10.2016 I 2218 mWv 1.11.2016

§ 33 Abs. 4 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 34

¹Fähig zur Vornahme von Verfahrenshandlungen nach diesem Gesetz ist, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, sofern er nicht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches geschäftsunfähig ist oder für ihn in dieser Angelegenheit ein Betreuer bestellt und ein Einwilligungsvorbehalt nach § 1825 des Bürgerlichen Gesetzbuches angeordnet ist. ²§ 80 Absatz 3 und § 82 des Aufenthaltsgesetzes gelten entsprechend.

Fußnoten

§ 34: IdF d. Art. 1 Nr. 23 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 35

(1) Eine rechtswidrige Einbürgerung kann nur zurückgenommen werden, wenn der Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für seinen Erlass gewesen sind, erwirkt worden ist.

(2) Dieser Rücknahme steht in der Regel nicht entgegen, dass der Betroffene dadurch staatenlos wird.

(3) Die Rücknahme darf nur bis zum Ablauf von zehn Jahren nach der Bekanntgabe der Einbürgerung erfolgen.

(4) Die Rücknahme erfolgt mit Wirkung für die Vergangenheit.

(5) ¹Hat die Rücknahme Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten nach diesem Gesetz gegenüber Dritten, so ist für jede betroffene Person eine selbständige Ermessensentscheidung zu treffen. ²Dabei ist insbesondere eine Beteiligung des Dritten an der arglistigen Täuschung, Dro-

hung oder Bestechung oder an den vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben gegen seine schutzwürdigen Belange, insbesondere auch unter Beachtung des Kindeswohls, abzuwägen.

(6) ¹Die deutsche Staatsangehörigkeit geht rückwirkend verloren, wenn die Rücknahmeentscheidung unanfechtbar ist. ²Bei Rücknahme einer rechtswidrigen Bescheinigung nach § 15 Absatz 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes, die nach § 15 Absatz 4 des Bundesvertriebenengesetzes mit Wirkung für die Vergangenheit erfolgt ist, gelten Absatz 2 sowie Satz 1 entsprechend.

Fußnoten

§ 35: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 5.2.2009 I 158 mWv 12.2.2009

§ 35 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 35 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 7 nach Maßgabe d. Art. 2 G v. 4.8.2019 I 1124 mWv 9.8.2019 u. idF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 35 Abs. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. c nach Maßgabe d. Art. 4 (StARModG) G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36

(1) Über die Einbürgerungen werden jährliche Erhebungen, jeweils für das vorausgegangene Kalenderjahr, beginnend 2000, als Bundesstatistik durchgeführt.

(2) Die Erhebungen erfassen für jede eingebürgerte Person folgende Erhebungsmerkmale:

1. Geburtsjahr,
2. Geschlecht,
3. Familienstand,
4. Wohnort zum Zeitpunkt der Einbürgerung,
5. Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet nach Jahren,
6. Rechtsgrundlage der Einbürgerung und
7. bisherige Staatsangehörigkeiten.

(2a) ¹Über die Anträge auf Einbürgerung werden jährliche Erhebungen, jeweils für das vorausgegangene Kalenderjahr, beginnend 2025, als Bundesstatistik durchgeführt. ²Die Erhebungen erfassen für jeden Antragsteller die in Absatz 2 Nummer 1 bis 3, 5 und 7 genannten Erhebungsmerkmale sowie als zusätzliches Erhebungsmerkmal den Wohnort zum Zeitpunkt der Antragstellung.

(2b) ¹Über die Verfahrenserledigungen werden jährliche Erhebungen, jeweils für das vorausgegangene Kalenderjahr, beginnend 2025, als Bundesstatistik durchgeführt. ²Die Erhebungen erfassen für jeden Antragsteller die in Absatz 2 Nummer 1 bis 3, 5 und 7 genannten Erhebungsmerkmale sowie als zusätzliche Erhebungsmerkmale den Wohnort zum Zeitpunkt der Verfahrenserledigung und die Art der Verfahrenserledigung.

(3) Hilfsmerkmale der Erhebungen sind:

1. Bezeichnung und Anschrift der nach Absatz 4 Auskunftspflichtigen,
2. Name und Telekommunikationsnummern der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person und
3. Registriernummer der antragstellenden oder der eingebürgerten Person bei der Staatsangehörigkeitsbehörde.

(4) ¹Für die Erhebungen besteht Auskunftspflicht. ²Auskunftspflichtig sind die Staatsangehörigkeitsbehörden. ³Die Staatsangehörigkeitsbehörden haben die Auskünfte den zuständigen statistischen Ämtern der Länder jeweils zum 1. März zu erteilen. ⁴Die Angaben zu Absatz 3 Nr. 2 sind freiwillig.

(5) An die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden dürfen für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, nicht jedoch für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Fußnoten

§ 36: IdF d. Art. 1 Nr. 9 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

§ 36 Abs. 2: Frühere Nr. 8 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 25 Buchst. a DBuchst. cc G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36 Abs. 2 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. a DBuchst. aa G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36 Abs. 2 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. a DBuchst. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36 Abs. 2a u. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36 Abs. 3 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. c G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 36 Abs. 4 Satz 2 u. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. d G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 37

¹Die Staatsangehörigkeitsbehörden übermitteln den Verfassungsschutzbehörden zur Ermittlung von Ausschlussgründen nach § 11 Satz 1 Nummer 1 und 2 die bei ihnen gespeicherten personenbezogenen Daten der Antragsteller, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. ²Die Verfassungsschutzbehörden unterrichten die anfragende Stelle unverzüglich nach Maßgabe der insoweit bestehenden besonderen gesetzlichen Verarbeitungsregelungen.

Fußnoten

§ 37: IdF d. Art. 5 Nr. 16 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005; früherer Abs. 1 aufgeh., früherer Abs. 2 jetzt einziger Text gem. Art. 1 Nr. 26 Buchst. a u. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 37 Satz 1 (früher Abs. 2 Satz 1): IdF d. Art. 5 Nr. 21 G v. 19.8.2007 I 1970 mWv 28.8.2007; jetzt einziger Text Satz 1 gem. u. IdF d. Art. 1 Nr. 26 Buchst. a bis c G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 37 Satz 2 (früher Abs. 2 Satz 2): IdF d. Art. 1 Nr. 4 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019; jetzt einziger Text Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 26 Buchst. a u. b G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 38

(1) Für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, Gebühren und Auslagen erhoben.

(2) ¹Gebühren werden erhoben für:

1. die Einbürgerung in Höhe von 255 Euro
2. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit auf Antrag und in Höhe von 51 Euro
3. die Ausstellung einer sonstigen Bescheinigung in Höhe von mindestens 5 Euro
und höchstens 51 Euro.

²Die Gebühr ermäßigt sich für ein minderjähriges Kind, das miteingebürgert wird und das keine eigenen Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes hat, auf 51 Euro. ³Für den Widerruf oder die Rücknahme einer beantragten Leistung nach Satz 1, soweit der Betroffene dazu Anlass gegeben hat, die Ablehnung oder die Rücknahme eines Antrages auf Vornahme einer solchen Leistung nach Beginn der sachlichen Bearbeitung sowie die Zurückweisung oder die Rücknahme des Widerspruchs nach Beginn

der sachlichen Bearbeitung wird eine Gebühr in Höhe von 25 Euro bis zu dem Betrag erhoben, der als Gebühr für die Vornahme der beantragten Leistung vorgesehen ist oder zu erheben wäre.

(3) Gebührenfrei sind:

1. die Einbürgerung nach Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes sowie die Bescheinigung der Staatsangehörigkeit nach Artikel 116 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes,
2. die Einbürgerung nach § 15,
3. die Einbürgerung von ehemaligen Deutschen, die durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben,
4. der Erklärungserwerb nach § 5,
5. der Verzicht und
6. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit von Amts wegen nach § 30 Absatz 1 Satz 3.

(4) Von den Gebühren nach Absatz 2 kann aus Gründen der Billigkeit oder des öffentlichen Interesses Gebührenermäßigung oder -befreiung gewährt werden.

Fußnoten

§ 38: IdF d. Art. 1 Nr. 12 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 38 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 u. 3: Frühere Nr. 2 u. 3 aufgeh., frühere Nr. 4 u. 5 jetzt Nr. 2 u. 3 gem. Art. 1 Nr. 27 Buchst. a DBuchst. aa u. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 38 Abs. 3: Frühere Nr. 7 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 27 Buchst. b DBuchst. cc G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 38 Abs. 3 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 27 Buchst. b DBuchst. aa G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 38 Abs. 3 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 27 Buchst. b DBuchst. bb G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 38a

Eine Ausstellung von Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

Fußnoten

§ 38a: Eingef. durch Art. 5 G v. 21.8.2002 I 3322 mWv 1.2.2003

§ 39

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Regelungen zu erlassen über die formalen Anforderungen an die Einbürgerungs- und die Verzichtsurkunde, die Urkunde über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung sowie den Staatsangehörigkeitsausweis.

Fußnoten

§ 39: IdF d. Art. 1 Nr. 28 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 40 (weggefallen)

Fußnoten

§ 40 (früher §§ 39 u. 40): Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 17 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005; jetzt § 40 vgl. Art. 1 Nr. 13 G v. 12.8.2021 I 3538 mWv 20.8.2021

§ 40a

Auf Einbürgerungsanträge, die bis zum 23. August 2023 gestellt worden sind, ist § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 in der vor dem 27. Juni 2024 geltenden Fassung anzuwenden, soweit er günstigere Bestimmungen enthält.

Fußnoten

§ 40a: IdF d. Art. 1 Nr. 29 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 41

Von den in diesem Gesetz in den §§ 32, 33 und 37 getroffenen Regelungen des Verwaltungsverfahrens der Länder kann nicht durch Landesrecht abgewichen werden.

Fußnoten

§ 41: IdF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 13.11.2014 I 1714 mWv 20.12.2014 u. d. Art. 1 Nr. 31 G v. 22.3.2024 I Nr. 104 mWv 27.6.2024

§ 42

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Fußnoten

§ 42: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 5.2.2009 I 158 mWv 12.2.2009

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH